Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 47

8. Oktober 1969

Dr. Günther Deitenbeck

Kerksig - Kobbe - Jander

Drei Lüdenscheider Bürgermeister aus der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die Stadt Lüdenscheid, die im Jahre 1800 1540 Einwohner¹) in 244 Häusern²) besaß, hatte in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts folgende Bürgermeister:

Friedrich von den Berken bis 1809³), Peter Theodor Kerksig, der "Maire", 1809 bis 1814, Johann Jakob Ferdinand⁴) Kobbe, 1814 bis 1818, Riegelmann 1818, Reinhard 1818 bis 1820, Ernst Wilhelm Jander 1820 bis 1843 und Wilhelm Plöger ab 1843.

Von diesen sieben Bürgermeistern verdienen drei besondere Beachtung: Kerksig, Kobbe und Jander. Jander lenkte 23 Jahre lang die Geschicke der vereinigten Stadtund Landgemeinde Lüdenscheid. In seine Amtszeit fällt nicht nur die Vereinigung der bis 1822 selbständigen Kirchengemeinden von Stadt und Land. Für die Stadt wichtiger ist in diesen Jahren die schnelle gewerbliche und industrielle Entwicklung bei rasch zunehmender Bevölkerung¹). Wie sehr eine politische Regsamkeit damit Hand in Hand ging, zeigen 5 Jahre nach Janders Verzicht auf den Posten des Bürgermeisters in der Stadt die Revolutionsgeschehnisse der Jahre 1848—1850⁵).

Im Gegensatz zu Jander konnte Kerksig nur auf 5 und Kobbe gar nur auf 4 Jahre bürgermeisterlicher Tätigkeit zurückschauen. Dafür aber ist die Zeit Kerksigs gekennzeichnet durch die mit der Eingliederung der Mark in den französischen Machtbereich verbundenen tiefgreifenden Veränderungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die Kerksig als Maire gegen den Widerstand einiger Bevölkerungsteile vertreten mußte. Kobbe stand in seiner 4jährigen Amtszeit den Problemen der Wiedereingliederung Lüdenscheids in den preußischen Verwaltungsorganismus und der Bewältigung der Kriegsfolgelasten gegenüber, einer Aufgabe, die durch die nach der Mißernte von 1816 entstehende Hungersnot ungemein erschwert wurde.

Quellen und Literatur

W. Sauerländer hat in seiner Stadtgeschichte ein Bild Kerksigs und seiner Zeit gezeichnet, das auf der Heranziehung aller verfügbaren Quellen beruht. Das gleiche gilt für Kobbe in K. Krägelohs Buch: "Lüdenscheid zur Amtszeit des Bürgermeisters Johann Jakob Friedrich Kobbe." Für Jander gibt es die Vorarbeiten Sauerländers zur Fortsetzung seiner Stadtgeschichte, die bis 1850 fertigzustellen ihm leider nicht mehr

vergönnt war. Neben den amtlichen Quellen sind diese Darstellungen bzw. Vorarbeiten zu diesem Aufsatz herangezogen worden. Persönliche Aufzeichnungen hat offensichtlich keiner der drei Bürgermeister hinterlassen. Jedoch sind die amtlichen Akten so voller Leidenschaft abgefaßt, daß persönliche und sachliche Spannungen und ihre Hintergründe deutlich hervortreten.

Der Maire Kerksig

Peter Theodor Kerksig⁶) wurde am 4. Oktober 1783 in Lüdenscheid geboren als Sohn des Arztes Dr. med. Kerksig, der gleichzeitig Inhaber der heutigen Adler-Apotheke gegenüber der Erlöserkirche war. Nach seinen juristischen Studien war er mit Beginn des Jahrhunderts Justizassessor in Lüdenscheid und wurde als solcher im Jahr 1809 zum Maire des Kantons und der Munizipalität Lüdenscheid, zu der Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid vereinigt wurden, ernannt⁷). Der damaligen französischen Verwaltungsstruktur entsprechend kann nicht die Rede davon sein, daß er "dem Rufe seiner Mitbürger" folgte⁸), wenn er auch nach damaliger Weise für seine Tätigkeit keinerlei Vergütung erhielt⁹).

Nach dem Frieden von Tilsit 1807 hatte Napoleon aus den abgetretenen preußischen Gebieten westlich der Elbe eine Reihe von abhängigen Staaten errichtet, die bewußt von jeder überlieferten Struktur abwichen. Dazu gehörte das Großherzogtum Berg, das sich in Departements gliederte. Das Ruhrdepartement, zu dem Lüdenscheid gehörte, bestand aus drei Arrondissements (Unterpräfekturen): Hamm, Dortmund und Hagen (siehe Karte). Hagen unterstanden die Kantone Hattingen, Schwelm, Lüdenscheid, Neuenrade, Iserlohn, Hohenlimburg und Hagen, die ihrerseits wieder eine Reihe von Munizipalitäten umfaßten. Lüdenscheid war Kantonsort für die Munizipalitäten Halver, Ebbe (Herscheid), Meinerzhagen und Lüdenscheid selbst. Kerksig war daher nicht nur Maire für die Munizipalität Lüdenscheid, sondern auch Maire des Kantonsorts Lüdenscheid und damit den anderen Munizipalitäten seines Kantons übergeordnet¹⁰).

Verhältnis zur Fremdherrschaft

Das Verhältnis der Bevölkerung zur französischen Herrschaft dürfen wir nicht, wie es früher vielfach geschah, aus dem Gesichtswinkel der nationalen Gedankenwelt des späten 19. und des 20. Jahrhunderts sehen. Ein einheitliches deutsches Staatswesen. dem

man sich politisch zugehörig fühlen konnte, gab es schon seit langem nicht mehr. Zwar war man sich bewußt, zu einer großen Völkerschaft deutscher Sprache und Kultur zu gehören, aber eine nationale und politische Verpflichtung wurde nur von wenigen emp-funden. Ergebnis der absolutistischen Viel-staatlichkeit auf dem Boden des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation war Anhänglichkeit und Liebe zum angestammten Herrscherhaus, die stärker oder schwäten Herrschernaus, die starker oder schwa-cher waren, je nachdem die Fürsorge der Dynastie für das Land und seine Bewohner sich als größer oder kleiner erwies. Geriet bei den Händeln der großen Herren dieser Welt ein Gebiet mit seiner Bevölkerung in die Hände eines anderen Fürsten, so hatte man der neuen Obrigkeit so zu gehorchen wie der alten¹¹). Daher fand niemand etwas darin, daß sich in dem neuen Großherzogtum Berg unter der Regierung Napoleons ein-heimische Persönlichkeiten der neuen Obrig-keit zur Verfügung stellten. So nimmt es nicht wunder, daß es "Deutsche (waren), die in dem Land die Verwaltung à la française einrichteten"¹²). In der Grafschaft Mark war allerdings das Bewußtsein, zum Hause Bran-denburg zu gehören, besonders ausgeprägt¹³). Weite Kreise der Bevölkerung traten dem neuen Regime mit Reserve gegenüber. Andererseits gab es aber in den jüngeren und gebildeten Schichten des Volkes Sympathien für die neuen Ideen und politischen Reformen, die mit der französischen Besitznahme nun auch in der Mark eingeführt wurden¹⁴). Die Vorteile dieser Reformen waren denen, die über die Grenzen ihrer engeren hinauszuschauen gewohnt waren, am Beispiel der linksrheinischen Gebiete, die schon seit 1795 französisch waren, längst bekannt.

Ein junger "Maire"

Kerksig war eine der Persönlichkeiten, die zwar nicht die Fremdherrschaft freudig begrüßten — auch das kam in einzelnen Landesteilen vor¹5) —, aber doch den neuen Ideen und Reformen aufgeschlossen gegenüberstanden. Er gehörte zur jüngeren Generation, war er doch noch nicht 26 Jahre alt, als er Maire von Lüdenscheid wurde. An diesem Amt mußte ihn besonders anziehen, daß die französische Verwaltungsgliederung klare Verhältnisse zwischen den Behördeninstanzen schuf und auf der untersten Ebene dem Maire viel Freiheit und Spielraum für eigene Initiative ließ, denn die Rechte der ihm beigegebenen 12 Munizipalräte waren stark eingeschränkt¹6).

Kerksig versuchte, diese Reformen mit Entschiedenheit durchzuführen, ohne nun



Aus: H. Richtering: Das Ruhrdepartement im Herbst 1809.

freilich in den Fehler zu verfallen, kritiklos alle Anordnungen, die die neuen Behörden trafen, zu billigen oder widerspruchslos zu befolgen. Der neue Stil im Schriftverkehr der Behörden ermöglichte es ihm auch eher als der devote Stil der preußischen Zeit, seinen eigenen Standpunkt mit Entschiedenheit zu vertreten. Sein Eifer und seine Tüchtigkeit verschafften Kerksig das besondere Lob des Präfekten¹⁷).

Kerksigs Reformpläne im kirchlichen Bereich

Für seine innere Einstellung zu den Reformen ist besonders sein Verhältnis zu den kirchlichen Stellen aufschlußreich. In der Munizipalität Lüdenscheid gab es weiterhin zwei lutherische Kirchengemeinden für Stadt und Land (Kirchspiel), deren Presbyterien (damals Consistorien) seit 1749 bei bestimmten Gelegenheiten gemeinsam berieten und abstimmten, im übrigen aber getrennt waren. Daneben bestand in der Stadt eine kleine reformierte Gemeinde. Der ranghöchste Prediger der beiden lutherischen Gemeinden war der Kirchspielsprediger, damals Pastor

Hülsmann, zu Beginn der Amtszeit Kerksigs mit 47 Jahren Vorsitzender des Presbyteriums der Landgemeinde, ein rede- und schriftgewandter Mann, der seine Rechte und die der Kirchspielsgemeinde zu wahren wußte, den daraus sich ergebenden Angriffen aber maßvoll und ruhig entgegentrat¹⁸). Von den beiden Predigern in Stadt und Land hatte er allein das Recht, sich Pastor zu nennen. Beide Prediger wohnten in der Stadt, und die Stadtkirche, die heutige Erlöserkirche, wurde von beiden Gemeinden benutzt. Sie gehörte aber der Kirchspielsgemeinde; der Hauptgottesdienst sonntags um 10 Uhr war ihr Gottesdienst. Der Prediger des Kirchspiels hatte zudem noch gewisse Sonderrechte in der Stadtgemeinde. Auf kirchlichem Gebiet hatte das Kirchspiel eindeutig Vorrang und suchte, ihn zu behaupten. In der franzöischen Ära, in der das Kirchspiel keine politische Selbständigkeit mehr besaß, nahm sein Presbyterium für sich in Anspruch, auch für die politischen Belange der Landgemeinde einzutreten, und machte sich zu deren Sprachrohr. Der hier sichtbar

werdende Gegensatz von Stadt und Land Lüdenscheid, der sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der beiden Gemeinden verfolgen läßt, hatte auf kirchlichem Gebiet schon wiederholt zu Streitigkeiten und lange nachwirkenden Feindschaften geführt. Obwohl Kerksig kaum persönlich davon betroffen war, trug gerade er dies den Predigern lange nach¹⁸). Für ihn waren sie eifersüchtige, neidische, zänkische, ehrgeizige und eigennützige Herren¹⁹), deren Kritik er sich verbat²⁰). Nun wird dieser energische, geistig überlegene und unabhängige Mann, noch nicht 26 Jahre alt, Maire in Lüdenscheid, erscheint bald darauf, am 22. September 1809, in der Sitzung des Presbyteriums, das unter seinem Präses, dem 47jährigen Hülsmann tagt, und teilt mit, daß er auf Grund einer ministeriellen Verfügung von jetzt ab die Aufsicht über die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten habe und "Consistorium sich hiernach pro futuro bequemen müsse"²¹).

Die vorgeschriebene Zusammenarbeit konnte bei diesen Voraussetzungen unter keinem guten Stern stehen. Sie kam fast völlig zum Stillstand, als Kerksig mit Entschiedenheit daran ging, die Anordnungen der neuen Regierung durchzuführen, die nach dem französischen Vorbild der Verwaltungsgliederung die Kirche dem Staat unterordnete, sie von der Führung der Personenstandsregister ausschloß und die städtischen Gemeinden bevorzugte.

Schon gleich zu Beginn seiner Amtszeit hatte sich Kerksig mit der Anordnung der Regierung zu befassen, auch die Kirchengemeinden neu und übersichtlicher zu gliedern, ihre territoriale Gestaltung den Muni-zipalitäten anzupassen und ihre Verwaltung, notfalls unter Zusammenlegung von Kirchengemeinden, zu vereinfachen. Zwar war Kerksig nicht für die Zusammenlegung der bei-Kirchengemeinden, weil bei ihrer territorialen Ausdehnung und der Einwohnerzahl und -verteilung eine wirkliche kirchliche Versorgung dann nicht sichergestellt werden konnte, aber für die Gestaltung des kirchlicher Lebens sehlug versteilung des kirchlicher versteil lichen Lebens schlug er weitreichende Neuerungen vor, die von den konservativen Kräften, die sich gerade im Kirchspiel zeigten, als revolutionär empfunden werden mußten. Während im Sommer sonntäglich 3 Gottesdienste der lutherischen Gemeinden in der Stadtkirche (zwei am Vormittag und einer am Nachmittag) und zwei Gottesdienste der kleinen reformierten Gemeinde in der Kreuzkapelle, zusammen also 5 Gottesdienste stattfanden, sollten jetzt, so schlug Kerksig vor, insgesamt nur 3 Gottesdienste sonntags in der Stadtkirche gehalten werden und zwar im Wechsel zwischen den lutherischen Predigern und dem reformierten22). Dieser Schlag nahm in etwa, wenn auch aus anderen Gründen, die 1817 vom preußischen König Friedrich Wilhelm III. verkündete und 1823 in Lüdenscheid durchgeführte Union der Lutheraner und Reformierten vorweg. Tatsächlich versuchte Kerksig gleichzeitig, die reformierte Gemeinde in Lüdenscheid, die reformierte Gemeinde in aus 10—15 Familien bestand, dazu zu bewegen, sich mit der lutherischen Stadtgemeinde zu einer "evangelisch Christlichen Gemeinde" zusammenzuschließen. Die Bemühungen waren aussichtsreich, scheiterten aber schließlich daran, daß ein Kandidat der reformierten Theologie die betreffenden Familien gegen den Plan beeinflußte²³). Kerksig war sich auch bewußt, daß gemeinsame Gottesdienste auch ein gemeinsames Gesangbuch verlang-ten. "Das alte in der lutherischen Kirche noch übliche von Doctor Luther gesammelte Gesangbuch, allerdings ein vorzügliches im 16. Jahrhundert, müßte einem neuern etwa dem vortrefflichen Rechenschen Platz ma-, das von der Aufklärung geprägt war²⁴). Kerksigs fortschrittlicher, dem Neuen zugewandter Geist wird in den dann folgenden Ausführungen noch deutlicher: "Vorurtheilsfrey und rücksichstlos habe ich Ihnen (d.h. der Behörde) die kirchlichen Verhältnisse dargestellt. Ich habe hierbey die veralteten, auf den Zeitgeist nicht passenden in Zeitgeist vermoderten Acten etwa noch herauszustudierenden Ansprü-che und eingreifende Praetensionen, die bebesonders noch von dem Kirchspielpfarrer gemacht werden, nicht berücksichtigt "25]. gemacht werden, nicht berücksichtigt "25]. "Veraltete, auf den Zeitgeist nicht passende Ansprüche": nichts zeigt besser, daß es Kerksig im Grunde nicht um das religiöse An-liegen ging, die beiden protestantischen Gemeinden zu vereinen, sondern um eine Gestaltung der kirchlichen Dinge, die ihm der neuen Zeit und dem Fortschritt angemessen schien. Rein fiskalische Erwägungen sprachen auch mit, denn bei einer solchen Reorganisation des Gottesdienstes konnte die Kreuzkapelle eingespart werden und damit ihre Kosten, die bisher von der Stadt getragen wurden. Entsprechend hatte Kerksig bei der geplanten Vereinigung der städtischen Kirchengemeinden im Auge, das reformierte Pastoratsvermögen dann dem Schulfonds zukommen zu lassen.

Auch in der Frage der Schulorganisation stand Kerksigs moderne Anschauung gegen

die konservative Haltung der Kirche, seine Förderung städtischer Belange gegen die zäh am Alten hängende Vertretung der Landgemeinde. Sein Entscheidungsrecht auf diesem Gebiet begründete Kerksig sehr bezeichnend damit, daß "im Geiste der fran-zösischen Verfassung ich keinen kenne, dem dieser Gegenstand (die Schulverfassung) so angelegen sein muß" wie dem Maire, also der weltlichen Behörde²⁶). Auch hier ging es Kerksig darum, den kirch-lichen Einfluß, zumindest aber den des Kirchspielpastors Hülsmann, auf schulischem Gebiet einzuschränken. Es gelang ihm auch mit Unterstützung des Präfekten im Jahr 1810, Einrichtung eines Schulvorstandes für alle Schulen zu erreichen, ihn sich zu unterstellen und damit die kirchlichen Vorrechte auf diesem Gebiet einzuschränken²⁷). Allerdings wurden klare Verhältnisse nicht ge-schaffen, konnten wohl auch in der kurzen Fremdherrschaft nicht erreicht werden. So kam es nach 1815 zu einer rückläu-figen Entwicklung, in der der Schulvor-stand schließlich wieder völlig der seit 1822 vereinigten Kirchengemeinde unterstand. Das Bestreben, Gerechtsame der Land-gemeinde an die Stadt zu übertragen, zeigten auch Kerksigs ständige Versuche, die Rektoratschule, die nach dem von der preu-Bischen Regierung bestätigten Vertrag von 1749 allein dem Presbyterium der Land-gemeinde "mit Ausschließung der Stadt" unterstand, unter städtischen Einfluß zu bringen²⁸). Für eine endgültige Regelung auf die-sem Gebiet war jedoch ebenfalls die Zeit der Franzosenherrschaft und damit die Amtszeit Kerksigs zu kurz.

Der Wiedenhof kommt zur Stadt

In einer anderen Frage sollte Kerksig jedoch Entscheidendes erreichen: die Eingliederung des Wiedenhofs in die Stadt.

Der Wiedenhof war ältester kirchlicher Besitz²⁹). Im Jahr 1810 unterstellte Kerksig ihn in Befolgung einer ministeriellen Anordnung vom Januar 1809, die eine Regelung der Gemeindegrenzen vorschrieb, der städtischen Verwaltung, eine Maßnahme, die vom Präfekten des Departement gebilligt wurde. Zwar wurden die Besitzverhältnisse nicht angetastet, und das Gebiet des Hofes blieb weiterhin Eigentum der Kirchengemeinde des Kirchspiels, aber das Presbyterium der Landgemeinde protestierte entschieden gegen diese Maßnahme und zeigte damit erneut, wie sehr es sich auch als Fürsprecher und Interessenvertreter der politischen Belange der Landgemeinde fühlte. Tatsächlich war diese Eingemeindung ein Vorgang, der jeder rechtlichen Grundlage entbehrte und nur als Willkürakt zu verstehen war, denn das Recht war eindeutig auf Seiten der Landgemeinde³⁰). Die Proteste des Presbyteriums behandelte Kerksig sehr von oben herab³¹).

In den kriegerischen Wirren der Jahre 1813—15 und der nachfolgenden Hungersnot verschwand die Angelegenheit aus dem Gedächtnis, bis sie 1841 von neuem Leben gewann, als der Kaufmann Nottebohm für seine Gebäude auf dem Gelände des alten Wiedenhofs Kommunalsteuern an die Stadt zahlen sollte und sich weigerte, weil das Gebiet zur Landgemeinde gehöre. Die Regierung in Arnsberg entschied schließlich im Jahr 1842, daß der Wiedenhof bei der Stadt bleiben solle, weil nach so langer Zeit nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, was einmal geschehen sei³2). Aktenunterlagen über die Vorgänge von 1809/10 hatte Kerksig nicht hinterlassen, denn auf die Aufforderung des Landrats, die betreffenden Akten einzereichen, mußte Bürgermeister Jander im Jahr 1842 mitteilten, daß sie "in der hiesigen Registratur (nicht) vorhanden" seien³3). Daß Kerksig sich sehr großzügig über Verwaltungsvorschriften hinwegsetzen konnte, geht aus einer Bemerkung des Kommunalempfängers Wissing im Jahr 1824 hervor, der die Anordnungen des Maire be-

folgte "und wenn es auch nur mündlich geschah — welches damals oft der Fall war — ... und Herr Kerksig hat dieses auch nie geleugnet"34).

Mit dem Wiedenhof verlor das Kirchspiel (Landgemeinde) ein Gebiet, das in der ungefähren Form eines Dreiecks sich von der Einmündung der Lennestraße in die Altenaer Straße einerseits bis zur Einmündung der Thünenstraße, andererseits bis zur Christuskirche erstreckte³⁵).

In einer anderen Angelegenheit, die die Rechte des Kirchspielspastors in der Stadtgemeinde betraf, konnte jedoch das Presbyterium der Landgemeinde mit Erfolg gegen Kerksig klagen³⁶).

Es kann nicht wunder nehmen, daß unter diesen Umständen dem Maire von den Einwohnern der Landgemeinde wenig Sympathien entgegengebracht wurden. Kamen dann noch zusätzliche steuerliche Belastungen hinzu, erreichte der Zorn des Volkes in unbotmäßigen Außerungen seinen Höhepunkt.

Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet

Wie in den Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche Kerksig die fortschrittliche Tendenz in den Maßnahmen der französischen Regierung zusagte, so begrüßte er die Verkündigung der Gewerbefreiheit vom 5. Februar 1810 als Befreiung der Industrie von einengenden Vorschriften und die daraus entspringende Möglichkeit zur privaten Initiative und gewerblichen Aktivität. Auch hier standen die Interessen der Industriezweige der Stadt im Vordergrund.

Kerksig vertrat die Durchführung des Gesetzes in seinem vollen Umfang gegen die zögernde Haltung des Unterpräfekten v. Holtzbrink in Hagen, der die alten Vorrechte und Monopole besonders der Altenaer Drahtgilde gewährt wissen wollte³⁷). Die Verzögerungstaktik ging so weit, daß Kerksig sich schließlich Ende Juli 1810 an den Innenminister wenden mußte: "... veraltete ... Einrichtungen, die, obgleich unserm jetzigen Verwaltungssystem völlig heterogen, dennoch ihre Verteidiger haben, welche aus Eigennütz oder aus Widerstreben gegen die neue Ordnung Hindernisse und Schwiemede de of a nun g rindernisse und Schwie-rigkeiten . . . machen", müßten beseitigt werden, da sie " . . dem Geist des jetzigen Finanzsystems nicht mehr adaequat und nicht mehr . . . verpflichtende Normen . . ." nicht mehr . . . verpflichtende Normen . . . " seien; der Minister möge deshalb dafür sor-gen, daß auch in Lüdenscheid der neue Geist seinen Einzug nehme38). Jedoch hatte Kerksig bis Anfang 1811 keinen Erfolg. Mit der Gewerbefreiheit kamen vier neue direkte Steuern, die das komplizierte alte Steuersystem ablösten. So sehr Kerksig die damit erreichte Vereinfachung anerkannte, wurde er doch wegen der Doppelbelastung, die Patentsteuer (Gewerbesteuer) die neue manchen Fällen mit sich brachte im Interesse seiner Mitbürger höheren Orts vorstellig39), ob mit Erfolg, ist nicht ersichtlich. Mehr Glück hatte Kerksig Ende 1809 mit einer Eingabe um die Beseitigung von Zollschwierigkeiten, die der Industrie Lüdenscheids große Nachteile brachten. Hier wurde sehr schnell Abhilfe geschaffen⁴⁰).

Kerksig bemühte sich auch deshalb im Jahr 1810 um die völlige Gewerbefreiheit, weil er hoffte, daß sich dies vorteilhaft für die Lüdenscheider Industrie auswirken würde, deren Lage schon vor der preußischen Niederlage von 1806/07 kritisch war und sich infolge der Kontinentalsperre gegen England noch weiter verschärft hatte⁴¹). Die Hoffnungen der Unternehmer, die Unterstellung des Landes unter französische Verwaltung würde ebenso wie im linksrheinischen Gebiet auch im Großherzogtum Berg eine wirtschaftliche Blüte herbeiführen, erfüllten sich nicht. Lag es daran, daß es nicht wie die linksrheinischen Gebiete Teil des französischen Kaiserreichs und damit eines großen einheitlichen Zollgebietes war? Eine Reihe Lüdenscheider Unternehmer richtete daher im März 1811

wegen der "Traurige(n) Lage, in welche unser Gewerbe versetzt ist", an Napoleon ein Gesuch "um die Vereinigung des Großherzogthums Berg mit dem großen Kaiserreiche, und die Theilnehmung an den Wohltaten und Vorrechten desselben ..."42). Die Bitte blieb erfolglos. Napoleon betrachtete das Großherzogtum als Ausbeutungsobjekt, das Geld und Soldaten für seine Ziele beisteuern, in den Genuß der Vorteile aber nicht kommen sollte. So litt das Land trotz der modernen Verwaltung und der liberalen Reformen wirtschaftlich schwer⁴³).

Wachsender Druck der Fremdherrschaft und endliche Befreiung

Die wirtschaftliche Belastung wurde noch durch die Kontribution vergrößert. Das Kirchspiel Lüdenscheid mußte noch vor Einrichtung der französischen Verwaltung 35 016 Franken, die Stadt weniger bezahlen. Die Stadt mußte dazu ein Darlehen aufnehmen⁴⁴), während das Kirchspiel sogar noch in der Lage war, anderen Gemeinden Gelder vorzuschießen⁴⁵). Noch härter aber waren die Konskriptionen, denen jeder junge Mann mit Vollendung des 20. Lebensjahres unterworfen war, von der sich aber die Besitzenden loskaufen konnten. Ungefähr 15% der Konskribierten desertierten⁴⁶). Die Behörde griff rücksichtslos durch. Es kam zu Unruhen auch in Lüdenscheid⁴⁷). An verschiedenen Orten schlossen sich die Deserteure zu Banden zusammen. Für die Mairie Lüdenscheid hielt Kerksig die Gefahr für nicht so groß: "Wer den Geist der hiesigen Nation kennt,... wird einige drohende Worte, insbesondere wenn diese als von X gesagt wiedererzählt werden, weiter nicht beachten"⁴⁸).

Der Schleichhandel als Folge der Kontinentalsperre scheint die öffentliche Ruhe und Ordnung viel mehr gefährdet zu haben. Die Haushalte mußten Truppen aufnehmen, deren Aufgabe es war, das Schmuggeln zu unterbinden und die "Contrabande" (Schmuggelware) aufzuspüren. Es kam zu nächtlichen Auseinandersetzungen und Überfällen auf Gendarmen⁴⁹). Die Unruhe in der Bevölkerung, bei der die Polizei und die Zollbeamten "überall Nachsuchungen nach den Kolonial-Waaren machen ..., wo Verdacht ist, daß solche verborgen seyn", wuchs derartig, daß die Regierung sich veranlaßt sah, beruhigend einzuwirken⁵⁰).

Diese negativen Seiten der Fremdherrschaft, unter denen jeder Bürger zu leiden hatte, mußten die Teile der Bevölkerung, die weiterhin preußisch dachten, in ihrer Haltung bestärken und bei denen, die wie Kerksig der französischen Verwaltung positiver gegenüberstanden, zu wachsender Verbitterung und Auflehnung führen als Antwort "auf eine zunehmende Bedrohung ihrer nackten Existenz"51). Die Rückkehr zur preußischen Herrschaft wurde daher mit Begeisterung begrüßt. In vorderster Linie stand hierbei die Pfarrerschaft. Sie war der Hort des Widerstandes gegen die Fremdherrschaft gewesen⁵²); sie jubelte über das "Ende der Knechtschaft der französischen Tyranney"53); sie gestaltete die Dank und Freudenfeiern wie ein Jahr später das Freudenfeuer auf dem Loh zum Jahrestag der Schlacht bei Leipzig⁵⁴). Für Kerksig waren die Tage seiner Tätigkeit gezählt. Zwar amtierte er seit Anfang 1814 noch als Bürgermeister. Als aber die preußische Regierung mit Revisionen über seine Amtstätigkeit begann und er für nicht erledigte Termine Strafe zahlen mußte⁵⁵), legte er im März 1814 sein Amt nieder.

Landgemeinde und Kirche vergaßen ihm seine Tätigkeit als Maire nicht. Noch 1816 warf der Kirchenvorstand Kerksig vor, er habe "ihr Eigentum der städtischen Willkür" ausgeliefert⁵⁰). Kerksig mußte sich gegen den Vorwurf unsachgemäßer Rechnungslegung verteidigen und sich von der vorgesetzten Behörde schulmeisterlich über seine Versäumnisse als Maire von Lüdenscheid aufklären lassen. Allerdings war er in manchen

Dingen großzügig gewesen, weil ihm die Sache wichtiger war als die Bürokratie. Er hatte geglaubt, die Prinzipien der französischen Herrschaft vertreten und fördern zu müssen, weil sie die freie Entfaltung des Einzelnen, die freiheitliche Verantwortung des Staatsbürgers und ein modernes Staats wesen zum Ziel zu haben schienen⁵⁷). Die Unterdrückungsmaßnahmen und die Ausbeutung des Landes hatten ihm diesen Glauben genommen. Die konservativen, bäuerlichen Schichten des Kirchspiels und die Kirche, die jetzt wieder ihren alten Einfluß zurückgewonnen hatten, vergaßen ihm aber die früheren Auseinandersetzungen nicht. Dazu kam die Kritik der preußischen Behörde. Zwar lag es nicht im Denken seiner Zeit, ihn als Kollaborateur zu verfolgen und zu strafen. Er selbst war auch nicht der Cha-rakter, hatte auch keine Veranlassung, das zu widerrufen, was er vertreten hatte. Sein zu widerrufen, was er vertreten hatte. Sein Selbstbewußtsein und seine geistige Überlegenheit blieben bewahrt. Aber er resi-gnierte. Es hielt ihn nicht mehr lange in Lüdenscheid. Er zog nach Hagen und starb dort am 2. April 1856 als Justizrat. In seinen Vorstellungen von der Bedeutung der Stadt Lüdenscheid und den Aufgaben des städ-tischen Gemeinwesens und seiner Bürger war er seiner Zeit vorausgewesen.

Johann Jakob Ferdinand Kobbe

Die Rückkehr der preußischen Obrigkeit nach fast 7jähriger Fremdherrschaft wurde auch deshalb von der Bevölkerung freudig begrüßt, weil dies die Wiederherstellung des Friedens und eines geordneten Lebens bedeutete. Nicht wenige gerade unter den politisch interessierten Bürgern Lüdenscheids hofften auch, daß mit der Rückkehr der preußischen Regierung den Bürgern größere politische Rechte gewährt würden. Noch 50 Jahre später, bei der Gedenkfeier im Jahr 1863, war die Erinnerung bei den Lüdenscheider Veteranen lebendig, daß sie in den Befreiungskriegen gleichzeitig auch für die politische Freiheit gekämpft hatten⁵⁸).

Die preußische Regierung enttäuschte diese. Erwartungen. Mit ihr kam keine schöpferische Neuordnung, und von der Selbstverwaltung im Sinne Steins war wenig zu spüren. Zurück kam eine absolutistische, befehlsgewohnte Bürokratie, deren unpersönlicher Charakter zu den "Untertanen" keine Kontakte aufkommen ließ. Dabei harrten wie stets nach langen Kriegsjahren große Aufgaben einer Lösung, die nur mit Umsicht, Voraussicht und der Zusammenarbeit aller in gegenseitigem Vertrauen bewältigt werden konnten, wie die im Winter 1815/16 beginnende und sich bis 1817 hinziehende Hungersnot. Die Regierung versagte hier. Sie stand auch hilflos der Arbeitslosigkeit der Wehrentlassenen gegenüber. In manchen Fällen brachte sie es nicht einmal fertig, den noch ausstehenden Sold der Entlassenen rechtzeitig auszuzahlen⁵⁰).

Die nach Aufhebung der Kontinentalsperre in Massen einströmenden billigen englischen Waren bewirkten einen katastrophalen Rückgang der industriellen Produktion. Der Ruf nach Schutzzöllen verhallte ungehört⁶⁰). Die Aushebungen zu den Herbstübungen riefen Unruhe hervor, da die Familien nicht hinreichend unterstützt wurden⁶¹).

Diese Versäumnisse wirkten sich unmittelbar auf die Steuermoral aus: die Steuern gingen ungewöhnlich schleppend ein⁶²). Darunter litten wieder dringende kommunale Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten. Die Stimmung in allen Bevölkerungskreisen verschlechterte sich. Kobbe berichtete, das "Vertrauen der Nation zur Regierung rücksichtlich der verheißenden Hilfe" sei gröblich enttäuscht worden, "Mismuth und Unzufriedenheit" herrsche⁶³) und die wirtschaftliche Lage veranlasse "die Fabrikunternehmer zu den lautesten, oft unschicklichen Aeußerungen ihrer Unzufriedenheit... die für den, der es mit König und Vaterland

wohl meint..., empfindlich und schmerzlich sind..."⁶⁴). "Von reiner, aufrichtiger Vaterlandsliebe kann ich selten Spuren, jedoch desto mehr Beweise von Eigensucht, und Anmaßung finden. Im allgemeinen hört die gute Stimmung, und Vaterlandsliebe der Meisten da auf, wo ihr Vorteil sich endet, und im Ganzen scheint mir der Süderländer sich noch nicht zu höheren Ansichten erheben zu wollen "⁶⁵).

Fehlender Kontakt zur Bevölkerung

Mit Johann Jakob Ferdinand Kobbe hatte 1814 ein Mann die Leitung der vereinigten Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid übernommen, der zwar die örtlichen Verhältnisse kannte — er war schon in der Franzosenzeit Steuerkontrolleur der Division Lüdenscheid gewesen⁶⁶) —, aber nicht so vertraut mit ihnen war wie sein Vorgänger Kerksig.

Kobbe stammte aus Ostpreußen. Er stand der Mentalität der Lüdenscheider, deren heimisches Platt er kaum kannte, fremd gegenüber und fand daher nicht den Kontakt, den Kerksig trotz aller liebevoll gepflegten Feindschaften gehabt hatte. Seine Berufung zum kommissarischen Bürgermeister — eine Ernennung erfolgte nie — mag auch daran gelegen haben, daß sich sonst niemand bereitfand, er aber als Beamter der Anordnung der Behörde Folge leisten mußte. Als Bürgermeister war er finanziell schlecht gestellt. Seine Besoldung erfolgte aus dem Titel, aus dem sämtliche Bürokosten einschließlich Reparaturen bezahlt werden mußten⁶⁷). Was übrig blieb, stand oft in keinem Verhältnis mehr zum Arbeitsaufwand des Bürgermeisters. Kein Wunder, daß — nach einer Außerung des Rendanten Wissing — es "leicht einzusehen (war), warum zu diesem Bürgermeisterposten hier in loco keiner Lust hat "68].

Der mangelnde Kontakt zur Bevölkerung rührte aber auch daher, daß Kobbe es vorzog, von seiner Kanzlei aus zu verfügen, ohne die Dinge an Ort und Stelle in Augenschein zu nehmen. Er vertraute der "Allmacht des Papiers"69), sah sich aber nicht in der Lage, die Ausführung seiner Anordnungen zu überwachen. So hatte er z.B. bei der Instandhaltung der Straßen und Wege, zu der die Anlieger verpflichtet waren, in der Stadt Lüdenscheid selbst keine Schwierigkeiten, um so mehr aber im Kirchspiel, Die Bauern aller Bauernschaften weigerten sich, von ihm Anordnungen entgegenzunehmen. Kobbe mußte den "Schutz und Beistand (der Behörde) gegen die widerspenstigen Eingesessenen... erbitten... sofort militärische oder Gendarmerie-Exekution ... zu verfügen ..."70). Er erreichte nicht viel. Mit List und Schläue und immer neuen Winkelzügen verstanden es die Bauern, die Auflagen zu umgehen. Sie weigerten sich sogar, die Schulgelder zu zahlen, zu denen sie verpflichtet waren. Selbst der Behörde blieb "das unangenehme Verhältnis..., in welchem der Herr Bürgermeister Kobbe mit dem Kirchspiel Lüdenscheid steht", nicht verborgen⁷¹).

Statt Teile seiner Aufgaben an die ehrenamtlichen Gemeinderäte zu delegieren, wie es Kerksig geübt hatte und durchaus allgemeiner Brauch war, wollte er alles selbst erledigen⁷²). Seine Gesuche, ihm hierfür bezahlte Hilfskräfte zu genehmigen, lehnte die sparsame preußische Behörde ab. Von Juni bis Dezember 1815 war er sogar sein eigener Kanzlist⁷³).

Als Beamter, zumal als Steuerkontrolleur, war Kobbe gewohnt, die oft harten Anordnungen der Behörde mit Strenge durchzuführen, auch wenn er sich damit die Bevölkerung zum Feinde machte. Großzügigkeit war ihm fremd. Die Fähigkeit Kerksigs, mit gesundem Menschenverstand über kleinliche Vorschriften hinwegzugehen, fehlte ihm. Der Unterschied der Charaktere führte gleich zu Anfang der Amtstätigkeit Kobbes zu ernsten Auseinandersetzungen zwischen ihm und Kerksig, als Kobbe im Auftrag der Behörde die Amtsführung Kerksigs zu überprüfen

hatte. Kerksig mußte zu seiner ständig steigenden Erbitterung Kobbe als Vertreter der Behörde Rede und Antwort stehen, ja Verweise einstecken. Von Seiten Kobbes wurden diese Verhandlungen mit der dienstlichen Beflissenheit und Pedanterie des Beamten, von Seiten Kerksigs mit eisiger Ironie geführt⁷⁴).

Das große "Dankopfer"

Die Wiedervereinigung mit Preußen war am 18. November 1813 festlich begangen worden. Noch war Kerksig Bürgermeister. Gemäß einem Aufruf des Oberpräsidenten von Vincke wurde auch in Lüdenscheid eine Liste aufgelegt, in der Dankopfer für die Befreiung des Vaterlandes gezeichnet werden sollten. Jeder konnte sich mit einer ihm angemessen scheinenden Summe eintragen⁷⁵). Ein Teil der Spenden wurde später im Feldzug 1815 für die kämpfende Truppe verwendet. Der Rest sollte nach einem Vorschlag Kerksigs gegen Zinsen für die Pflasterung der Straßen Lüdenscheids ausgegeben werden; die Zinsen waren den Invaliden der Feldzüge zugedacht.

Unter dem Eindruck des Sieges waren viele Bürger, reich und arm, dem Spendenaufruf gefolgt und hatten z. T. Beträge gezeichnet, die sie bei ihrer wirtschaftlichen Lage gar nicht verantworten konnten. Der Staat aber verlangte, daß die einmal gezeichneten Beträge auch gezahlt wurden, und beauftragte Kobbe, sie einzutreiben 16. Er zwang sogar eine arme Witwe, die unüberlegt einen Betrag von 1 Taler gezeichnet hatte, diese für sie unerschwingliche Summe zu zahlen, indem sie sich den Taler auslieh und ihn nachher abverdiente.

Dieser Vorfall schaffte viel böses Blut und machte die Lüdenscheider nur noch zahlungsunwilliger. Sie griffen jetzt zu einer List, indem sie behaupteten, viel weniger gezeichnet zu haben. Gleichzeitig verschwand die amtliche Liste und blieb verschwunden. Offensichtlich hatte sie einer der Beteiligten, ob Kerksig, Rendant Wissing oder Schreiber Goecke, verschwinden lassen, ohne daß ihnen etwas nachzuweisen war. Es blieb Kobbe nichts anderes übrig, als diese peinliche Affäre seiner Behörde zu melden. Es muß ihm aber auch selbst bewußt geworden sein, wie hart und unmenschlich die Behörde hier verfuhr. Er versuchte, verschiedene Behörden gegeneinander auszuspielen, und erreichte schließlich, daß die noch ausstehenden Geldspenden mit den Sachspenden während der Befreiungskriege verrechnet wurden.

Unmittelbare Wirkung seines zuerst so rigorosen Vorgehens gegen seine Bürger war die Weigerung der Lüdenscheider Frauen, den Frauen- und Jungfrauenverein, der Anfang 1814 unter der Leitung "der Frau Landrichterin von den Bercken und der guten Frau Louise, der Frau Justizkommissarius Kercksig"77) für die Versorgung der Verwundeten in den Lazaretten entstanden war und daher mit Beendigung des Feldzuges zu bestehen aufgehört hatte, zu Beginn des Feldzuges 1815 wieder ins Leben zu rufen, wie es andernorts, z.B. in Hagen, auf Wunsch der Regierung geschah. Erst sehr verspätet, am 31.5.1815, nahm er seine Tätigkeit wieder auf.

Die Hungersnot

Ende 1815 zeigte sich eine andere große Not am Horizont. Die Ernte war schlecht gewesen. Das Frühjahr 1816 begann mit einer großen Trockenheit, der ein Dauerregen folgte. Wo im Herbst dann noch Erntearbeiten sinnvoll erschienen, wurden sie durch tiefen Schnee verhindert. Die Folge war eine allgemeine Hungersnot und Teuerung der Lebensmittel, die ab Januar 1817 schlimmste Ausmaße annahmen⁷⁸). Scharen von Bettlern zogen durch die Lande, Dieser Not versuchte Kobbe durch eine Sondersteuer der wohlhabenden Bürger zugunsten der Armenkasse

zu wehren. Ein ehrendes Zeichen des Gemeinsinns und der Verantwortung für den Nächsten setzten sich die bemittelten Bürger, als sie im Februar 1817 eine Suppenanstalt einrichteten, eine im weiten Umkreis einmalige Tat. Die Leitung und den Ankauf der Lebensmittel übernahmen die Männer, die Zubereitung und Austeilung der Suppen die Frauen. Die Portionen wurden kostenlos ausgegeben⁷⁰), bis mit der zunehmenden Besserung der Lage dieses Hilfswerk am 3. 8. 1817, zum Geburtstag des Königs, eingestellt werden konnte. Der Herbst 1817 brachte eine gute Ernte.

Die Hilfe der Regierung war während dieser Zeit ungenügend. Der vom König zugesagte Roggen von der Ostsee kam "größtenteils zu spät an . . . "80), nachdem sich die Lage schon gebessert hatte und die Brotpreise zurückgegangen waren. Trotzdem verlangte die Regierung die Bezahlung des Roggens nach den überhöhten Preisen, wozu die Gemeinden nicht in der Lage waren. Kobbe scheute sich nicht, die bürokratische und mit der Fürsorge für die hungernde Bevölkerung unvereinbare Haltung der Regierung in seinen Berichten als solche zu bezeichnen. In dem Staatsdiener Kobbe, dem Gehorsam zur zweiten Natur geworden war, meldete sich die Stimme der Kritik an den Methoden der Obrigkeit aus der Verantwortung für die ihm anvertrauten Menschen.

Um die durch die schlechte wirtschaftliche Lage hervorgerufene Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und der Lüdenscheider Industrie bessere Verkehrswege zu erschließen, förderte Kobbe den Straßenbau. Anfang 1816 gelang es ihm, die Lüdenscheider Kaufleute und Fabrikanten zu einem verzinslichen Darlehen für den Bau der Höhenstraße über Heedfeld nach Rummenohl zu bewegen⁸¹). Nur ein Teilabschnitt von Hülscheider Baum bis Heedfeld konnte schließlich in Angriff genommen werden.

Fortschritte des Schulwesens

Auf einem anderen, wesentlich wichtigeren Gebiet konnte Kobbe dagegen Maßnahmen wahrhaft fortschrittlichen Charakters treffen im Schulwesen⁸²). Schon im Februar 1815 schlug Kobbe die "Einrichtung einer guten Bürgerschule vor, wo die Jugend nach ihrem Alter und Fähigkeiten in Klassen abgeteilt, Alter und Fanigkeiten in Klassen abgeteilt, ohne Rücksicht auf ihr oder der Eltern Glaubensbekenntnis, in solchen Kenntnissen unterrichtet wird, die das Herz und die Sitten bessern, den Verstand schärfen und aufklären und dem Menschen und künftigen Staatsbürger in mancherlei Verhältnissen des Lebens nützlich sein können 183). Kurz darauf, im März 1815, legte Kobbe dem Schulvorim Marz 1815, legte Kobbe dem Schulvorstand einen Bildungsplan vor, in dem die Forderungen vom Februar konkretisiert wurden: die Vereinigung der lutherischen mit der reformierten Schule in Lüdenscheid, die Errichtung von 3 Klassen und die Anstellung der der der bestätigten 2 Johan der gest der dazu benötigten 3 Lehrer, deren erste beiden mit freier Wohnung und Garten aus-gestattet werden sollten, während der dritte gleichzeitig besoldeter Organist war. Bis-herige öffentliche Dienste der Lehrer, die sie als arme Dorfschulmeisterlein charakterisierten, sollten abgeschafft werden. Kobbe hatte erkannt, daß zur Hebung der Schulbildung eine Hebung der sozialen Stellung des Lehrers notwendig war, was diesen Stand an-ziehender machte und die Lehrer gleichzeitig in der Wertschätzung der Bevölkerung steigen ließ. Die Aufsichtsbehörde stimmte seinen Plänen zu. Als Lehrer für die drei Klas-sen gewann Kobbe Samuel Grün, Heinrich Scheffen und Herm. Died. Kuithan, unter denen Grün als "ein Mann von nicht gewöhn-licher humaner Bildung" eine besondere Stellung einnahm⁸⁴). Das alte Rathaus von 1723 oberhalb der Kirche ließ Kobbe für die Schule einrichten. Hier fand auch die Rektoratschule eine Unterkunft.

Die Einrichtung der Schule und die Verbesserung der sozialen Stellung der Lehrer brachten der Gemeindekasse zusätzliche hohe

Kosten, und das in einer Zeit, in der wegen der ernsten wirtschaftlichen Lage und der beginnenden Hungersnot der Eingang der Steuern ungewöhnlich schlecht war. Um so höher ist die bereitwillige Unterstützung dieses Planes seitens des Gemeinderates zu werten, der damit einen wahrhaft ungewöhnlichen Weitblick zeigte.

Der Ebbe in der Kasse versuchte Kobbe auf eine originelle Weise abzuhelfen. Am 10. Januar 1817 bat Kobbe seine Behörde um die Erlaubnis, für Rechnung der Stadt zwei ganze Lose der Berliner Klassenlotterie spielen zu dürfen. In der Begründung hieß es: "... so unwahrscheinlich ... die Hoffnung ist, einen bedeutenden Gewinn zu erhalten, so ist doch die Möglichkeit dazu vorhanden, und in manchen Fällen ist es Pflicht, dem Glück wenigstens Gelegenheit zu geben, dem, welcher es bedarf, günstig sein zu können "85"). Die Behörde lehnte jedoch ab. Resignation

Kobbe hatte sein Amt als Bürgermeister mit dem Selbstverständnis des preußischen Staatsdieners begonnen, der in den Anordnungen der Behörde der Weisheit letzten Schluß sah und sie bedingungslos befolgte, auch wenn er ihren Sinn nicht einsehen konnte, Im Laufe weniger Jahre erkannte er, daß eine Regierungsform, die die Selbsttätigkeit des Bürgers und seine Verantwortung und Freiheit nicht schätzte, nur zu oft sinnlose Willkür und menschenunwürdige Härte bedeutere. Zwischen den Anordnungen der Behörde, die er befolgen mußte, und den berechtigten Belangen und Interessen der Bevölkerung rieb sich Kobbe in den 4 Jahren seiner Tätigkeit als kommissarischer Bürgermeister auf. Wie viele seiner Zeitgenossen hielt er daher die Zeit für gekommen, durch eine Verfassung dem Staatsbürger größere politische Rechte zu geben. Mit anderen Bürgermeistern versammelte sich Kobbe im Frühjahr 1818, um eine Bittschrift an den König um Gewährung einer provinzialständischen Verfassung zu beschließen. Der König lehnte ab.

Schon mehrfach hatte Kobbe um Entlassung aus seiner Tätigkeit als Bürgermeister gebeten⁸⁶). Seine politische Haltung und seine Berichte an den Landrat über die zunehmende Unzufriedenheit über die Regierung haben wohl dazu beigetragen, daß die Behörde Anfang 1818 schließlich seinem Wunsch entsprach. Der erste Bericht nach Kobbes Entlassung, der vom Beigeordneten Funke unterzeichnet ist, betont denn auch, daß "die öffentliche Stimmung für König und Vaterland gut" sei⁸⁷). Kobbe blieb weiterhin noch Steuerkontrolleur⁸⁸). Er starb am 12. November 1823 im Alter von 52 Jahren.

Ernst Wilhelm Jander

Mit schönfärbenden Berichten ließ sich die nach den Befreiungskriegen überall und besonders unter der Jugend um sich greifende politische Unruhe nicht dämpfen. Als sie gefährlich zu werden drohte, setzte Metternich 1819 für den Deutschen Bund die Karlsbader Beschlüsse durch, die alle liberalen und nationalen Bestrebungen unterdrückten. Damit begann die Restauration.

Preußen führte die Karlsbader Beschlüsse gewissenhaft durch. Alle freimütigen Aeußerungen, die politischen Hintergrund haben konnten, waren verboten. Kritik an bestehenden Gesetzen und Verhältnissen war gefährlich und konnte leicht zu Konflikten mit der Polizei führen. So ist auch in den Berichten Janders vielfach die Rede von verschärften polizeilichen Maßnahmen. Im Gegensatz zu Kobbe, der sich nicht gescheut hatte, die Stimmung der Bevölkerung der Behörde uneingeschränkt zur Kenntnis zu bringen, fehlen derartige Hinweise in Janders Berichten völlig. Erst als hierüber ab Dezember 1835 berichtet werden muß, geht Jander in sehr stereotypen Wendungen darauf ein. Gleich zu Beginn heißt es: Zum Punkt "Öffentliche

Stimmung und Einfluß der Gesetzgebung ... vernimmt man nichts, wenigstens hört man keine Klagen "89). Diese Formulierung wiederholt sich in den folgenden Monaten. Oder es heißt, daß die öffentliche Stimmung "gut" ist oder "nur gut genannt werden" darf"). Der Bericht für Juli 1836 bekundet: "Alles geht im schönsten Geleise, und werden keine Klagen lautbar." Daß das im ganzen nur geschrieben wurde, um dem Wunschdenken der Behörde entgegenzukommen, wird aus dem sonstigen Inhalt der Berichte der Jahre 1830 bis 1834 deutlich genug.

Politische Unruhe nach 1830

Die Juli-Revolution 1830 in Paris brachte eine neue Welle politischer Unruhe über Europa. Während in Portugal und Spanien Bürgerkriege ausbrachen, Belgien sich von Holland trennte, kam es in verschiedenen deutschen Staaten zu Demonstrationen, Nach dem Hambacher Fest 1832 setzten erneut Demagogenverfolgungen ein. Die Zensur wurde verschärft, das geistige Leben noch stärker unterdrückt.

Die Wirren beeinflußten unmittelbar die wirtschaftliche Tätigkeit: der Absatz stockte; auch in Lüdenscheid ging die Produktion zurück und viele Arbeiter mußten entlassen werden. Während es in Preußen im ganzen ruhig blieb, zeigte sich in Lüdenscheid, wie es unter der Arbeiterbevölkerung gärte. Hier spielten offensichtlich Tendenzen eine Rolle, die bei den Arbeitern in Paris zur Beteiligung an der Revolution und bei denen in England zum Verlangen nach Reformen führten. Es kam zu einer ganzen Reihe von Ge-walttätigkeiten und Zusammenrottungen, so daß Jander berichten mußte: "Ehrfurcht und Ordnung bestehen nur scheinbarlich, und alle Achtung ist bereits beiseite gesetzt. Täglich strömt mehr Unheil für hiesigen Ort zusammen . . . "81). Der Appell der 7. Landwehrkompanie im März 1833 führte zu schweren kompanie im März 1833 führte zu schweren Ausschreitungen, an denen sich 600 — 700 Menschen (das entspricht ungefähr einem Viertel der Lüdenscheider Bevölkerung) beteiligten 1823, wenig später versuchte man, das Haus "eines höheren Justizbeamten" zu stürmen 1830. Bürger wurden auf offener Straße überfallen und verprügelt, so im März 1834 der Fabrikant Gottlieb Ritzel⁹⁴). Hier konnte nach Janders Meinung Gehorsam, Ordnung und Ruhe nur durch stärkeren Einsatz der Polizei wieder hergestellt werden. Der einheimische Polizeidiener Köcker genügte nicht, denn er wurde von den Lüdenscheidern nicht respektiert. Dagegen hatte die Stationierung eines auswärtigen Gendarmen von Herbst 1821 bis März 1822 und von Anfang 1829 bis 1831 "zur Einführung unserer polizeylichen Ordnung, hier gerade in der paßendsten Geguten Erfolg, allerdings nur vorübergehend.

Außere und innere Veränderungen

Dabei waren die 23 Jahre der Amtstätigkeit Janders für Lüdenscheid eine Epoche, in der die Stadt größere und schnellere Schritte in die Zukunft tat als je zuvor. Von 1800 bis 1820 hatte die Bevölkerung Lüdenscheids um 25 Prozent von 1540 auf 1927 zugenommen. Nachdem sie nach 1820 zuerst abnahm, verdoppelte sie sich nahezu bis 1843 auf 3806%. Nichts zeigt deutlicher die aufstrebende Industrie Lüdenscheids und den Sog, den sie auf das platte Land ausübte%. Wirtschaftliche Rückschläge führten dabei stets zur Arbeitslosigkeit und damit zu großer Not der Betroffenen. Jedoch wurde schon 1828 eine Fabrikenkasse zur Unterstützung kranker und invalider Arbeiter gegründet%.

Von großer Bedeutung für das religiöse Leben Lüdenscheids war die Vereinigung der Kirchengemeinden 1822 und 1823 und der Neubau der Stadtkirche (heute: Erlöserkirche) von 1823 bis 1826⁵⁹). Wie die Mehrzahl der Bürger unterstützte auch Jander die Vereinigung nach besten Kräften. Er ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, daß der Zusammenschluß der Kirchengemeinden auch für die vereinigten politischen Gemeinden von Stadt und Land von Nutzen sein mußte¹⁰⁰).

Verbesserung der Straßen- und Verkehrsverhältnisse

Besondere Verdienste erwarb sich Jander durch die Verbesserung der Straßen in der Stadt, den Anschluß Lüdenscheids an das überregionale Verkehrsnetz und den Ausbau der Postverbindungen¹⁰¹).

Im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts gab es in Lüdenscheid keine befestigten Straßen. Aus Mangel an Platz neben und hinter den Häusern war die Straße der Lager- und Abfallplatz für die Dinge, die man vorübergehend oder für die Dauer nicht mehr benötigte¹⁰²). Neben Ackerkarren lag Bauschutt und türmten sich Misthaufen. Darüber flatterte an besonders gefertigten Gestellen die Wäsche. Die 300—400 Stück Vieh der Bürger, die viermal am Tag durch die Straßen getrieben werden mußten, vergrößerten den Morast, der in Lüdenscheid schlimmer war als anderswo. Der Landesdirektor (Landrat) verlangte Abhilfe. Aber erst 1826, nach mehrfacher Planung schon für die Jahre 1823 und 1824¹⁰³), konnte die Hauptstraße (die jetzige Wilhelmstraße) gepflastert werden. Die Finanzierung erfolgte durch ein "Gnadengeschenk des Königs" von 4000 Talern, das noch aus dem Dankopfer stammte, das die Bürger im Jahr 1813 gezeichnet hatten¹⁰⁴), aus einer öffentlichen Anleihe, die von 27 zahlungskräftigen Bürgern gegeben wurde, und aus freiwilligen Beiträgen¹⁰⁵). Der Pflasterung der Hauptstraße folgte in den Jahren 1830/31 die der Straßen auf der Südseite (mit Ausnahme der Grabenstraße) und in den Jahren 1833/34 die der Straßen auf der Nordseite. Als letzte Straße der Stadt wurde 1836 die Grabenstraße gepflastert¹⁰⁶).

Mit gleicher Energie setzte sich Jander für den Chausseebau ein. Hierfür waren besonders zwei Gründe maßgebend: bessere Straßen konnten die Lüdenscheider Industrie leichter mit den Handelszentren verbinden und damit konkurrenzfähiger machen, und gleichzeitig entstanden Verdienstmöglichkeiten für die Arbeitslosen der Stadt. Als erste dieser Landstraßen in der Amtszeit Janders wurde die Chaussee nach Ostendorf über Brügge 1825 begonnen 107), 1827 vollendet und bis 1833 bis Halver weitergeführt 108). 1832 wurde zusammen mit Altena die Chaussee durch das Rahmedetal begonnen und 1834 vollendet 109). Seit 1841 119) war die Chaussee nach Werdohl in der Planung. Gebaut wurde sie wie die Straße über die Homert nach Meinerzhagen, die seit 1837 geplant war, erst unter Janders Nachfolger 111). Außerordentlich schwierig war immer die Finanzierung. Man half sich durch die Gründung von Aktiengesellschaften, deren Anteile von den Gemeinden und von interessierten Bürgern, d. h. normalerweise von den Fabrikbesitzern, übernommen wurden. Der Staat gab einen Zuschuß, eine sogenannte "Prämie". Sollte der Staat die Straße später übernehmen, mußte er die Kosten zurückerstatten 111). Die Verzinsung der Aktien erfolgte durch das Chausseegeld, das jeder Benutzer zu zahlen hatte, und durch Strafgelder, die bei verkehrswidrigem Verhalten eingezogen wurden 112).

Um die kleine Stadt auf den Bergen noch stärker dem Verkehr zu erschließen und mit der weiten Welt zu verbinden, übernahm Jander 1826 zusätzlich das wenig einträgliche Amt des Postmeisters in der neu errichteten Posthalterei. Unter ihm wurden "Kariolposten nach Altena (1826), Halver (1828) und Plettenberg (1832) eingerichtet ... "eine direkte Verbindung mit Köln . . trat im Jahre 1840 durch Einführung der täglich abgehenden und wiederkehrenden Lüdenscheid-Kölner Fahrpost ins Leben"¹¹⁸). Es läßt sich wohl nicht bezweifeln, daß Jander Entscheidendes für die Stadt und ihre wirtschaftliche

Entwicklung geleistet hat. Mit seinem Übergang zur Landgemeinde 1843 schied Jander auch aus diesem Aufgabenkreis aus.

Janders Herkunft

Ernst Wilhelm Jander stammte aus Niederschlesien. Er hatte sich in den Freiheitskriegen mehrfach ausgezeichnet und wurde am 2. April 1820 von der Regierung in Lüdenscheid als Bürgermeister eingesetzt¹¹⁴). Vom preußischen Geist geprägt, sah er in Gehorsam und Ordnung, Genauigkeit und Pflichterfüllung die Grundlagen jeder menschlichen Gemeinschaft. Den Stein-Hardenbergschen Reformen stand er offensichtlich mißtrauisch gegenüber. Von der Gewerbefreiheit hielt er nicht viel, da sie dem einzelnen unter Umständen zum Schaden des andern zu viel freie Hand ließ. Wo, wie in Lüdenscheid, die Dinge noch überschaubar waren, tat Zwang ganz gut¹¹⁵). Neuerungen waren ihm zuwider, wenn er sie nicht als sinnvoll und den allgemeinen Interessen förderlich erkennen konnte, wie es beim Ausbau der Verkehrsverbindungen der Fall gewesen war. Sein Ideal war die starke Obrigkeit, die sich durchzusetzen verstand und den Bürger anhielt, zu tun, was er zu tun schuldig war. Aber wenn der Bürger seine Schuldigkeit getan hatte, war es auch Aufgabe des Staates, seinen Teil ohne Säumen zu erfüllen. In Janders Berichten klingt gelegentlich Kritik an, daß der Staat z. B. seine Maßnahmen zur Förderung des Chausseebaus nicht schnell genug trifft¹¹⁶).

Mit Strenge ging Jander gegen alle vor, die ihren Pflichten zur Ausbesserung und Instandhaltung der Straßen und Wege nicht schnell genug und in hinreichendem Maße nachkamen. Seine Forderungen müssen nicht gering gewesen sein, denn auch die Bürger der Stadt, die noch von Kobbe ein Lob erhalten hatten¹¹⁷), wurden von ihm getadelt.

"... bey der Saumseligkeit und Nachläßigkeit der pflichtigen Eingeseßenen" wird für die Sauberkeit und Instandhaltung der Straßen nur oberflächlich gesorgt¹¹⁸). "Mit Zwang" muß man in der Stadt die Reinigung der Straßen veranlassen, "deren Erfolg aber noch nicht hinreichend zum Endzweck führt, ...¹¹⁹).

An die verschiedenen Bauernschaften ergingen jedes Jahr mit Beginn der besseren Jahreszeit die Aufforderungen, die Wege wieder auszubessern. Im Gegensatz zu Kobbe verstand es Jander, sich durchzusetzen. Harte Strafen trafen den, der den Anordnungen nicht nachkam. Anders als Kobbe regierte Jander auch nicht von der Amtsstube aus, sondern sah an Ort und Stelle nach, ob jeder seine Aufgaben pflichtgemäß erfüllte¹²⁰).

Idee und Wirklichkeit

Das ideale Gemeinwesen wäre für Jander ein Ort gewesen, in dem Zucht und Sittlichkeit, strikte Befolgung und Erfüllung der Gesetze von allen in mustergültiger Weise beachtet worden wären. Seine Berichte lassen erkennen, wie sehr er darunter litt, daß das in Lüdenscheid so wenig der Fall war. Jeder Verstoß gegen Ordnung, Sauberkeit und Anstand erfüllte ihn mit tiefstem Unbehagen. In dem noch kleinen Gemeinwesen Lüdenscheid muß ihm in dieser Hinsicht wohl besonders viel zugemutet worden sein, denn seine Klagen reißen nicht ab. Täglich mußte er beobachten, "wie sehr . . (die Lüdenscheider Bürger) durch vorgreifende mistrauische, und absprechende Aeußerungen, den öffentlichen Anordnungen widerstehen, und rohlocken, tükkisch umherschleichen, und verbreiten welchen Unfug sie, kränkend für andere, ausgeübt haben¹²¹)." Dem Bericht über einen Apfeldiebstahl fügt Jander hinzu¹²²): "Aus allem diesen kann (man) wol leicht hervornehmen, daß in Lüdenscheid notorisch die sittenlosesten Menschen hausen . . . Man muß schaudern, wenn man hier das Thuen und Treiben der ohne Religion auferzogenen Menschen sieht, wie wenig

ihnen an Gott und der Welt gelegen ist, und wie sehr sie suchen, sich sogar darauf zu üben, alles Anständige zu unterdrücken und zu verderben suchen". Immer wieder kam es zu Schlägereien, Tumulten und schwerer nächtlicher Ruhestörung¹²³), und immer wie-der weist Jander auf die Ursache dieser Ausschreitungen hin: den übermäßigen Alkoholkonsum, besonders die Branntweintrinkerei. Die Neigung zu Gewalttätigkeiten zeigte sich dann nicht nur in den unteren Volksschichten, sondern auch bei den angesehe-nen Bürgern der Stadt¹²⁴). Kaum ein Sonntag verging, an dem es nicht zu Schlä-gereien und Lärm kam¹²⁵). Die Trinkgelage dauerten oft bis in den Montagmorgen, und der "blaue Montag" war dann die häufige Folge¹²⁶). Wenn die Erwachsenen so lebten, konnte man von der Jugend nichts Besseres erwarten, zumal die Eltern oft ihre Kinder nicht in die Schule, sondern zum Verdienen in die Fabriken schickten¹²⁷). Häufig klagt Jander über das "Toben und Wüten der Schulknaben"¹²⁸). Im Bericht v. 22. 9. 1820 heißt es¹²⁹): "... der Unfug (ist) bey der Jugend so eingewurzelt, daß solchem die Lehrer nicht mehr Einhalt zu thun imstande sind, sondern die Polizey ihr Augenmerk mit darauf richten, und solche zu der gehörigen Ordnung anhalten, und ihnen, so viel wie möglich Gehorsam einschärfen muß". Ständig wiederholen sich die Klagen "über die zügellose Freyheit der Jugend"¹³⁰). 14jährige hielten in einer nicht konzessionierten Gast wirtschaft ein "nächtliches Branntweingelag", und der Vater des Anführers fand nicht ein-mal etwas dabei¹³¹). Jander sah keine Aussichten auf Besserung, "weil man täglich mehr gewahr wird, daß sobald die Kinder gehen und eben schlukken können, im Beisein der Eltern an den wirthshäuslichen Ge-sellschaften Theil nehmen, und des Genußes geistiger Getränke sich erfreuen dürfen"¹³²).

Vieles mag in den Berichten Janders übertrieben sein, denn bei seinen strengen Maßstäben war ihm schon "das unschickliche Tabakrauchen auf den Straßen" zuwider. Aber der 1. Beigeordnete, Sandhövel, stellte die Dinge eher noch ernster dar¹³³). Die Trunksucht war ohne Zweifel ein in Lüdenscheid besonders verbreitetes Laster mit all seinen negativen Folgen für Sitte, Ordnung, Familienleben und Wohlstand¹³⁴). Das geht nicht nur aus den Bürgermeisterberichten hervor, sondern später auch aus den Berichten der örtlichen Presse und der hohen Zahl der Gastwirtschaften¹³⁵). In diesem Zusammenhang muß man wohl die sittlichen Verfehlungen auch unter Minderjährigen sehen, von denen Jander berichtet und die in einer Stadt von rund 2000 Einwohnern (1820) doch recht ungewöhnlich waren¹³⁶).

Volksfeste waren immer ein Anlaß zu erhöhtem Alkoholkonsum und den notorisch damit verbundenen Ausschreitungen. Deshalb atmete Jander jedesmal auf, wenn der jedes Jahr Ende September stattfindende Jahrmarkt (Kirmes) ohne schlimmere Folgen vorüber war¹⁸⁷). Oft war die "hier abgehaltene Kirmeß . . in unmoralischer Hinsicht nachtheilig genug . . , und wünschenswert bleibt es immer, wenn dergleichen aus den Gauen Deutschlands verbannt, und nicht aus der Welt Mode, beibehalten würde "188}. Das konnte Jander nicht erreichen, und obwohl auch später, in der 2. Hälfte des Jahrhunderts, es an Stimmen nicht fehlte, die die Kirmes aus volkserzieherischen Gründen ablehnten, gewann dieses Volksfest im Zusammenhang mit der 1843 erfolgten Neugründung der Schützengesellschaft immer stärkeren Anklang.

Für Jander lag die Ursache des großen Alkoholkonsums darin, daß in Lüdenscheid durch die Industrie zu gut verdient wurde und die Arbeiter nicht daran dachten, einen Spargroschen für schlechte Zeiten zurückzulegen, sondern das verdiente Geld für Genüsse materieller Art, besonders für Schnaps, verschleuderten¹³⁹). Das bare Geld und die Unfähigkeit, damit umzugehen, war nach sei-

ner Meinung die Ursache dieser sittlich so bedenklichen Zustände.

Pfarrer und Lehrer haben schuld.

In seiner Verzweiflung über diese beklagenswerte Situation sparte Jander nicht mit Vorwürfen gegen die Geistlichkeit und die Lehrer, die stärker auf die Jugend einwirken und sie zu besserem Betragen erziehen sollten. Offensichtlich waren aber die Lehrer machtlos. Sie zogen es vor, das schlechte Benehmen der Schüler nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen, und überließen es der Polizei, hier für Ordnung zu sorgen¹⁴⁰). Die Geistlichen sollten auf die Erwachsenen einwirken, "daß diese zum Theil ein sittlicheren Lebenswandel führten, auch im religiösen Sinn, mehr Einsicht und Kenntniß gewönnen ..."¹⁴¹). Jander beklagte daher sehr die Einschränkung der Gottesdienste während des Neubaus der Kirche. Ihr mäßigender und bessernder Einfluß ginge damit weitgehend verloren.

Die Trennung der Gemeinden

Die seit der Franzosenzeit vereinigte Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid war in dieser ganzen Zeit keine Einheit geworden. Sie konnte es auch nicht, weil sie, einer Personalunion ähnlich, zwar eine gemeinsame Leitung hatte (Bürgermeister, Beigeordneter und Stellvertreter), aber Stadt und Land sich im Gemeinderat satzungsgemäß deutlich unterschieden: 6 Vertretern der Stadt standen 9 aus dem Kirchspiel gegenüber¹⁴²). Nach der revidierten Städteordnung von 1835 mußten schließlich Land und Stadt im Jahr 1843 wieder zwei getrennte Gemeinden bilden.

Jander entschied sich bei der Trennung der Gemeinden für das Kirchspiel und wurde dort Amtmann. Die Gemeinde Lüdenscheid-Land hatte damals 4073 Einwohner¹⁴³), die Stadt 3806. Vielleicht mag die größere Bevölkerungszahl des Landes bei Janders Entscheidung eine Rolle gespielt haben. Weit wichtiger aber war wohl ein anderer Grund: seiner Herkunft aus den östlichen Gebieten der preußischen Monarchie entsprechend mußten Jander die einfachen und genügsamen Landbewohner mehr zusagen als die Städter, die mit dem verdienten Geld nur "kostspieligen Luxus" trieben¹⁴⁴) und ihren Arbeitslohn hauptsächlich für Alkohol ausgaben. Den Bewohnern des Landes war das bare Geld fast unbekannt. Sie lebten von Erzeugnissen ihrer eigenen Scholle und konnten Überschüsse nur schwer absetzen. Kaum waren sie in der Lage, Steuern zu zahlen. Oft mußten sie dafür Vieh oder andere Gegenstände in Zahlung geben.

Gegensatz von Stadt und Land

Das soziale Gefälle zwischen Stadt und Land bestärkte die von Natur aus vorhandenen Gegensätze zwischen der Landbevölkerung und der wirtschaftlich prosperierenden, aufstrebenden Bevölkerung der Stadt. Jander hätte gern einen Ausgleich zwischen beiden zum Nutzen des vereinigten Gemeinwesens gesehen, wobei es allerdings nach den Quellen nicht zweifelhaft ist, wo er mit seinen Sympathien stand. Aber das Gegenteil trat ein: auf allen Gebieten wurden die Gegensätze nur noch deutlicher: "... der mißtrauische, höhnische Argwohn, und Verachtung zwischen Stadt und Kirchspiel, ... bestärken nur noch immer größere Spaltung" und erbitterten die Landbewohner "gegen die frohlockenden Städter, im Unfrieden noch mehr ... "145).

Mit irdischen Gütern war die Landbevölkerung nicht gesegnet, aber "auf dem Kirchspiel herrscht ... desto mehr Religion". So berichtete Jander am 18. 3. 1831 dem Landrat¹⁴⁶). Was verstand Jander hier unter Religion? Theologische Erwägungen spielten dabei sicherlich keine Rolle. Auch dachte er nicht daran, den Vertretern der Kirche stärkeren Einfluß im staatlichen Leben zu ge-

währen. Wie wenig das zutraf, zeigen seine Auseinandersetzungen mit den Geistlichen. Er war aber der Überzeugung, daß es der Auftrag der Kirche war, durch ihre Gottesdienste und Unterweisung die Sittlichkeit zu heben und Zucht, Ordnung und Gehorsam gegenüber der Obrigkeit zu fördern. All dies fand er bei den Bewohnern des Landes. Sie führten ein ordentlicheres Leben als die Städter und hängten ihr Herz nicht an die Güter dieser Welt¹⁴⁷). Hier liegt sicherlich der wichtigste Grund, warum sich Jander bei der Trennung von Stadt und Land 1843 für das Land entschied und der Stadt trotz Aufforderung der Stadtverordneten¹⁴⁸) den Rükken kehrte. Er war Amtmann des Amtsbezirks Lüdenscheid bis 1851.

Rückblick und Zusammenfassung

Drei Bürgermeister aus der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts: drei ganz unterschiedliche Charaktere und doch jeder unverwechselbar ein Kind seiner Zeit. Als Exponenten unserer Stadt zeigen sie ihre damalige wechselvolle Geschichte, die sich spannt zwischen Fremdherrschaft mit neuen politischen Ideen und Restauration des Alten, zwischen dem noch sehr ländlichen Charakter unserer Stadt und ihrem immer stärkeren Hineinwachsen in das neue industrielle Zeitalter.

An Intelligenz und geistiger Unabhängigkeit nimmt Kerksig ohne Zweifel unter ihnen den ersten Platz ein. Er erkannte die in die Zukunft weisenden Ideen der französischen Verwaltungsordnung und wandte sich ihnen entschlossen zu, um so mehr, als ihr fortschrittlich-städtischer, vom Wirtschaftlich-Nützlichen bestimmter Charakter ihm mehr zusagte als die konservativ-agrarische Staatsform Preußens. Die von der französischen Revolution proklamierte politische Autonomie des Menschen, die überall, wo ihre Ideen bekannt wurden, die Initiative der politisch bewußten Bürger weckte, kam seinem Selbstbewußtsein und seiner Verantwortungsfreudigkeit entgegen. Hier konnte er ohne kleinliche Gängelei und mit gesundem Menschenverstand wirken. Als Vertreier der jungen Generation war er den treter der jungen Generation war er den alten Zöpfen abhold, versuchte den Anspruch des säkularisierten Staates gegenüber der Kirche durchzusetzen, ohne areligiös zu sein, und war neuen Ideen und Reformen gegen-über aufgeschlossen. Viele Maßnahmen blieben mit der Wiederkehr der preußischen Herrschaft im Anfang stecken, ihre Auswirkungen aber waren auch in Lüdenscheid bis tief ins 19. Jahrhundert zu spüren149).

Kobbe war von ganz anderer Natur. Als Bürgermeister wollte er nur ausführendes Organ seiner Behörde sein. Sein Ort war die Amtsstube; unter seinen Bürgern ließ er sich selten sehen. Den Lüdenscheidern war er ein Fremder; seine offensichtliche Kontaktarmut konnte den Abstand nur vergrößern. Großzügigkeit war ihm unbekannt. Und doch wurde ihm je länger, desto mehr bewußt, daß die Zeiten vorbei waren, in denen die Obrigkeit nur befahl und die Untertanen nur zu gehorchen hatten. So bürokratischrücksichtslos, wie die wiedererstandene preußische Obrigkeit nach den Freiheitskriegen verfuhr, ging es nicht. Das war er Verstoß gegen die Fürsorgepflicht des Staates. Da war es dann schon besser, wenn der Bürger bei der Lenkung des Staates mitreden konnte. Der Weg zu dieser Erkenntnis war für Kobbe weit gewesen und ein steter Kampf zwischen der Pflicht zum Gehorsam und der Verantwortung für die ihm anvertraute Gemeinde. Und doch hat Kobbe in den wenigen Jahren seiner Wirksamkeit auch ein bedeutsames Werk begonnen: den Bildungsplan für Lüdenscheid, der wirklich in die Zukunft wies.

Wiederum ganz anders war Jander. Hatte Kobbe in immer stärkerem Maße mit Skrupeln zu kämpfen, war Jander von Anfang bis Ende seiner Tätigkeit als Bürgermeister immer derselbe: ein Mann, der sich durchzusetzen verstand, auf Ordnung hielt und sich wohl gerade dadurch Respekt verschaffte. Seine Lebensanschauungen waren klar und einfach, nicht "von des Gedankens Blässe angekränkelt" und — wohl von seiner schlesischen Heimat her — stark autoritär-

patriarchalisch geprägt. Nicht er hatte sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen, sondern die Wirklichkeit ihm. Darum gab er es all die Jahre seiner Tätigkeit als Bürgermeister nicht auf, seine "Untertanen" zu Musterbürgern zu erziehen voller Ordnung, Sittenstrenge, innerer und äußerer Sauberkeit und Gehorsam gegen die Obrigkeit. Das

städtische Leben mit seinem "Luxus" war ihm zuwider. Das Land mit seiner einfachen Lebensweise sagte seiner konservativen Einstellung mehr zu. Ganz dem Praktischen zu-gewandt lagen seine Verdienste für Lüden-scheid in der Verbesserung der Straßenver-hältnisse und der Erschließung Lüdenscheids für den Überlandverkehr.

Anmerkungen:

- Lt. Zusammenstellung des Stadtarchivs v. 29. 8. 1967.
 Zuncke in: Buch der Bergstadt Lüdenscheid, S. 84.
 Sauerländer, Stadtgeschichte, S. 335.
 Nicht: Friedrich (It. KA: Sterberegister für 1823).
 Vgl. W. Sauerländer: Das polit. Leben in Lüdenscheid während der Revolutionsjahre 1848—1850.
 So im Taufregister für 1783 und im sogen. französ. Trauregister 1810—1812.
 Sauerländer, Stadtgeschichte, S. 335.
 Winkhaus, S. 298.
 Vgl. hierzu Schumacher, S. 31.
 Vgl. hierzu Schumacher, S. 39.
 Vgl. hierzu Richtering, S. 79 f.
 Zit. bei v. Raumer, S. 333.
 Vgl. Richtering, S. 79 f, u. Rothert III, S. 169 f u. S. 184.
 Vgl. v. Raumer, S. 332, u. Rothert III, S. 175.
 Z. B. in Münster und Paderborn (s. Rothert III, S. 174).
 Vgl. Sauerländer, Stadtgeschichte, S. 303.
 Richtering, S. 81.
 Vgl. Sauerländer, Stadtgeschichte, S. 299.
 Stallüd 4502, zit. bei Sauerländer, Stadtgeschichte, S. 299.
 Stallud 4502: Eingaben v. 14. u. 18. 10. 09 (Kon-

- S. 299. 20) StALūd 4502: Eingaben v. 14. u. 18. 10. 09 (Kon-

- 10) Vgl. Sauerländer, Stadtgeschichte, S. 299.
 20) StALūd 4502. zit. bei Sauerländer, Stadtgeschichte, S. 299.
 20) StALūd 4502: Bingaben v. 14. u. 18. 10. 09 (Konzepte).
 21) KA Protokoli v. 22. 9. 09.
 22) a. a. O.: Bericht v. 18. 10. 09.
 23) a. a. O.: Bericht v. 8. 9. 12.
 24) Vgl. RRG V sub Rheinland (Spalte 1085).
 25) StALūd 4502: Bericht v. 18. 10. 09.
 26) Zit. bei Sauerländer, Stadtgeschichte, S. 328.
 27) Vgl. a.a.O., S. 309 f.
 28) Vgl. Schumacher, S. 69: "Während der Fremdherstchaft wurden die Einkünfte der Rektoralschule von dem Kirchenvermögen getrennt und besonders verwalter"; vgl. auch meinen Aufsatz in Festschrift Zeppelin-Gymnasium, S. 136 ff.
 29) Vgl. hierzu Sauerländer, Kirchen- und Schulgeschichte, S. 58 ff.
 30) KA Protokoll v. 12. 11. 1810.
 31) KA Protokoll v. 12. 11. 1810.
 32) Vgl. hierzu StALūd 1104.
 33 StALūd 1104; Bericht Janders v. 18. 2. 42.
 34) StALūd 427; vgl. auch Krägeloh, S. 140 f.
 35) Vgl. die Karte bei Sauerländer, Kirchen- und Schulgeschichte, S. 32.
 320 Sauerländer, Satdgeschichte, S. 299.
 37) Vgl. a.a.O., S. 317 ff.
 37 Zit. a.a.O., S. 319 ff.
 38 Zit. a.a.O., S. 319 ff.
 39 StALūd 302a: Bericht v. 17. 6. 1811.
 39 Sauerländer, a.a.O., S. 297.
 31 Vgl. Hostert, S. 52 ff u. Süderland Jg. 1926, S. 18.
 32 Zit. nach Sauerländer, a.a.O., S. 323.
 31 Vgl. Vg. Raumer, S. 334.
 31 Vgl. Vg. Raumer, S. 334.
 32 Vgl. die Bittschrift des Pfarrers Möller/Elsey vom Jahr 1806, abgedruckt bei Schumacher, S. 178 ff.
 31 Eintragung des Stadtpredigers Hueck im Taufregister 1788—1813 Stadt (KA).
 32 Zu den Vorgängen um Kerksigs Rücktritt vgl. Krägeloh, S. 20, 136 ff.
 35 StALūd 1302a: Bericht v. 18. 6. 187.
 36 Zit. a.a.O.: Bericht v. 18. 9. 1817.
 37 Zu. den Vorgängen um Kerksigs Rücktritt vgl. Krägeloh, S. 20, 136 ff.
 36 StALūd 1726; zit. bei Krägeloh, S. 137.
 37 Vgl. Sauerländer, Stadtgeschichte, S. 336: "Die zopflose, modernere, noch mehr zentralistische Verwaltungsart des Kaiserrichs als die preußische hatte ihn angezogen ..."
 38 Siehen mein Aufsatz in "Der Reidemeister", Nr. 15 v. 9. 11. 1960, S. 8.
 39 Kräge

- 72) Krägeloh, S. 176 ff.
 73) a.a.O., S. 155.
 4) a.a.O., S. 159 ff.
 74) a.a.O., S. 139 ff.
 75) Siehe hierzu u. dem folgenden: Krägeloh, S. 9 ff.
 76) a.a.O., S. 20 ff.
 77) Amtsarchiv Lüd. Acta 191, S. 155 u. 389; zit. bei Krägeloh, S. 12.
 8 Krägeloh, S. 41 ff.; s. auch Sauerländers Artikel "Wessen Herz blutet nicht . . . " in LN 17, 4. 1966.
 9) StALüd 1001a: Berichte v. 29, 3. u. 18, 6. 1817.
 80) a.a.O.: Bericht v. 18, 7, 1817.
 18, Krägeloh, S. 16.
 20 Vgl. hierzu Krägeloh, S. 200 ff. u. Sauerländer, Zit. bei Sauerländer a. a. O., S. 115 ff.
 21 Krichen- und Schulgeschichte, S. 115 ff.
 22 Kirchen- und Schulgeschichte, S. 115 ff.
 23 Zit. bei Krägeloh, S. 167.
 25 Zit. bei Krägeloh, S. 167.
 26 StALüd 1001 a: Bericht v. 20, 5, 1818.
 27 a.a.O.: Bericht v. 20, 4, 1818.
 28 Vgl. KA: Protokoll v. 25, 1, 1819.
 29 StALüd 1001 b: Bericht f. Dez. 1835.
 20 a.a.O.: Bericht v. 17, 3, 1832.
 20 a.a.O.: Bericht v. 17, 3, 1832.
 21 a.a.O.: Bericht v. 18, 5, 1833.
 23 a.a.O.: Bericht v. 18, 3, 1834.
 29 a.a.O.: Bericht v. 18, 3, 1834.
 20 StALüd 1001 a: Bericht v. 21, 11, 1821.
 29 Lt. Zusammenstellung des Stadtarchivs v. 29, 8, 1967.
 20 Vgl. StALüd 1001 a: Bericht v. 17, 2, 1835; vgl. auch Schumacher, S. 95.
 20 Vgl. Rottmann und Pröbsting.
 20 StALüd 1001 a: Bericht v. 12, 11, 1821 in LN v. 8, 5, 1962.
 210 Vgl. Sauerländers Artikel über das Jahr 1821 in LN v. 8, 5, 1962.
 210 Vgl. Sauerländers Artikel über das Jahr 1821 in LN v. 8, 5, 1962.
 210 StALüd 3104: Bericht v. 18, 1825.
 211 Vgl. Sauerländers Artikel in LN v. 8, 5, 1962 u. Schumacher, S. 93.
 212 Vgl. Sauerländers Artikel in LN v. 8, 5, 1962 u. Schumacher, S. 93.
 219 a.a.O.
 210 StALüd 3104: Bericht v. 18, 3, 1831.
 211 Jul. Schumacher, S. 80.
 212 Vgl. Sauerländers Artikel in LN v. 8, 5, 1962 u. Schumacher, S. 93.
 213 StALüd 1001 a: Bericht v. 13, 1821.
 214 a.a.O.: Bericht v. 17, 9, 1825.
 215 StALüd 1001 a: Bericht v. 18, 3, 1821.
 217 a.a.O.: Bericht v. 17, 9, 1825.
 218 StALüd 1001 b: Bericht v. 18, 3, 1827.
 219 a.a.O.: Bericht v. 18, 8, 1827.
 210 a.a.O.: Bericht v. 18, 8, 1827.
 211 StAL

- a.a.O. a.a.O.: Bericht v. 20. 12. 1820. StALūd 1001 b: Bericht v. 18. 3. 1828. StALūd 1001 b: Bericht v. 18. 1. 1830.

- 131) StALūd 1001 b: Bericht v. 18. 3. 1828.
 132) StALūd 1001 b: Bericht v. 18. 1. 1830.
 133) S. S. 22, Anm. 4.
 134) StALūd 1001 a: Bericht v. 21. 4. 1825.
 135) 1843 hatte Lūdenscheid 36 Schankwirtschaften auf 3806 Einwohner (s. W. Sauerländer: "Lūdenscheid 1843 Im Jahre der Neubildung der Schützengesellschaft" in LN v. 23. 6. 1956), d. h. eine Wirtschaft auf 106 Einwohner; 1860 entfiel auf 162 Einwohner eine Wirtschaft (LW v. 5. 5. 1860); vgl. auch Hostert, S. 141.
 136) StALūd 1001 a: Berichte v. 21. 1. u. 22. 2. 1824, 18. 1. 1827. Jander berichte sogar von einer ausgesprochenen Perversion unter Kindern (17.10.1832).
 137) a.a.O.: Bericht v. 22. 10. 1820; StALūd 1001 b: Bericht v. 18. 10. 1830.
 138) a.a.O.: Bericht v. 18. 10. 1831.
 139) a.a.O.: Bericht ef, Sept. 1830. Febr. 1832, Mai 1833.
 140) StALūd 1001 a: Berichte v. 20. 6. u. 22. 9. 1820, 22. 1. u. 21. 12. 1821 u. f. Sept 1828. 1821 wurden 2 Schüler von der Polizei eingesperrt.
 141) a.a.O.: Berichte v. 21. 3. 1821 u. 21. 3. 1825.
 142) a.a.O.: Berichte v. 18. 2. u. 18. 8. 1827.
 143) Vgl. W. Bewerunge: "300 Siedlungen und Wohnplätze..." in LN v. 8./9. 2. 1969.
 144) StALūd 1001 a: Bericht v. 22. 9. 1821.
 145) StALūd 1001 a: Bericht v. 22. 9. 1822.
 146) StALūd 1001 a: Bericht v. 22. 9. 1821.
 147) StALūd 1001 a: Bericht v. 24. 6. 1822, 21. 9. u. 21. 10. 1823, 21. 3. u. 20. 5. 1825.
 148) Schumacher, S. 33 f. 149) Vgl. Ritter, S. 403.

Quellen und Literaturverzeichnis:

I. Quellen

- Standesamt Lüdenscheid: das französ. Trauregister 1810—1812.

- Archiv der ev. Kirchengemeinde (zit. KA): Taufregister für 1783, Sterberegister 1819—1841 (Stadt), Protocoll-Buch für das Lüdenscheider Kirchspiels-Consistorium 1809—1823.
- 3) Stadtarchiv Lüdenscheid (zit. StALüd):

 - 1001 a: Zeitungsberichte 1816—1826, 1001 b: desgl. 1827—1836, 1102: Grenzstreit Altena Lüdenscheid 1809—12, 1104: Beschwerde wegen der Trennung der Wie-denhof aus dem städtischen Verbande 1841—
- denhof aus dem städtischen Verbande 1841—
 1843,
 Grenzregulierung zwischen Stadt und Amt Lüdenscheid 1842—64,
 Mairie-Akten,
 Acta die Bepflasterung der Grabenstraße im südl. Theile der Stadt betreffend 1836—1837,
 Acta betr. den Neubau der Straße von Lüdenscheid nach der Höhe und deren Unterhaltung 1837—71,
 Acta betr. den Neubau der Straße von Lüdenscheid nach Werdohl durch das Verse Thal und deren Unterhaltung 1840—46,
 Acta wegen Bestimmung der PfarrDistricte,
 Verhandlungen über die Kommunalrechnung 1812.
- 7262: Kämmerei-Rechnung 1813—14.
- Archiv Amtsgericht Lüdenscheid: Rep. 564: Hypotheken-Buch.
- 5) "Lüdenscheider Wochenblatt", zit. LW (mit Datum).

II. Literatur

Buch der Bergstadt Lüdenscheid, Lüdenscheid o. J.

- Buch der Bergstadt Lüdenscheid, Lüdenscheid o. J.

 G. Deitenbeck: Die Rektoratschule zwischen kirchlicher und politischer Gemeinde 1810—1858, in: 500 Jahre Höhere Schule Lüdenscheid. Festschrift des Zeppelin-Gymnasiums, Lüd. 1959 (zit.: Festschrift Zeppelin-Gymnasium).

 W. Hostert: Die Entwicklung der Lüdenscheider Industrie vornehmlich im 19. Jahrhundert, Diss. Münster 1960 (zit.: Hostert).

 K. Krägeloh: Lüdenscheid zur Amtszeit des Bürgermeisters Johann Jakob Friedrich Kobbe, Lüd. o. J. (1960) (zit.: Krägeloh).

 W. Pröbsting: Die Erlöserkirche im letzten Jahrhundert, Festschrift, Lüdenscheid 1926 (zit.: Pröbsting).

 K. v. Raumer: Deutschland um 1800, in: Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. III. Konstanz o. J. (1965) (zit.: v. Raumer).

 Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. V. Tübingen 1961 (zit.: RGG V)

 H. Richtering: Das Ruhrdepartement im Herbst 1809. Ein Reisebericht des Präfekten von Romberg, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 55. Dortmund 1958 (zit.: Richtering).

 G. Ritter: Stein. Eine politische Biographie. Bd. I. Stuttgart, Berlin, 1931 (zit.: Ritter).

 H. Rothert: Westfälische Geschichte. Bd. III. Gütersloh 1951 (zit.: Rothert).

 F. Rottmann: Chronik der Kirchengemeinde Lüdenscheid. Lüd. 1861 (zit.: Rottmann).

 W. Sauerländer: Kirchen- und Schulgeschichte der Stadt und des Kirchspiels Lüdenscheid von den Anfängen bis 1800. Lüd. o. J. (1953).

 W. Sauerländer: Karl Theodor Ferdinand Grün und der "wahre Sozialismus". Lüdenscheider Beiträge Heft 5. Lüd. o. J. (1958).

 W. Sauerländer: Geschichte der Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid. Lüd. 1965.

 F. H. Schumacher; Chronik der Stadt- und Landgemeinde Lüdenscheid. Altena 1846. (zit.: Schumacher) Süderland. Heimatblatt für den südlichen Teil der Grafschaft Mark. Jg. 1926. Altena.

 E. Winkhaus: Wir stammen aus Bauern- und Schmiedegeschlecht. Görlitz 1932. (zit.: Winkhaus)

 W. Zuncke: Lüdenscheid und de Franzosentid 1806—1815. Lüd. o. J. (1913)

 "Der Reidemeister". Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land.

 Arti